

**Wahlprüfstein der AÖL e.V. (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden - Württemberg zur Landtagswahl 2026**

**ANTWORTEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG**

1. Welche Priorität räumt Ihre Partei dem Ökolandbau ein und werden Sie sicherstellen, dass die Mittelverfügbarkeit in Baden-Württemberg für AUKM und insbesondere für den Ökolandbau nicht unter das bestehende Niveau absinkt?  
Inwieweit wird sich Ihre Partei für eine zielgerichtete Differenzierung der Basisprämie nach den Maßstäben "Öffentliches Geld für Öffentliche Leistungen" einsetzen?

*Die SPD setzt sich seit vielen Jahren für eine Steigerung des Ökologischen Landbaus ein und während unserer Regierungszeit wurden diesbezüglich in Baden-Württemberg auch spürbare Verbesserungen in der Förderung vorgenommen. Wir wollen diesen Pfad weiter beschreiten. Kürzungen aufgrund von geänderten EU-Rahmenbedingungen werden wir im umwelt-, tierschutz- und klimasensiblen Bereich der Landbewirtschaftung als Land ausgleichen, um die weitere Entwicklung hin zu einer umweltgerechteren, tierfreundlicheren und klimagerechteren Landwirtschaft nicht zu gefährden.*

*Im Zusammenhang mit der GAP wollte die SPD in Bund und Land immer eine stärkere Ausrichtung auf die 2. Säule und dementsprechend Mittel aus der 1. Säule umschichten zugunsten von gezielten Förderungen im Sinne von Umwelt, Klima und Tierwohl. Leider ist dies aufgrund anderer Mehrheiten auch in der EU bisher nur teilweise gelungen.*

2. Wie bewertet Ihre Partei, die im Strategiedialog Landwirtschaft erarbeitete "Gemeinsame Vereinbarung für die Zukunft der Landwirtschaft und der biologischen Vielfalt in Baden-Württemberg"?  
Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass die hinterlegten Mittel zielgerecht in den landwirtschaftlichen Betrieben ankommen?  
Wollen Sie dieses Format zur Unterstützung der Landwirtschaft mit der bestehenden Mittel hinterlegung und regelmäßigen Evaluations- und Entwicklungsmöglichkeiten fortführen?

*Wir halten die Herangehensweise und die festgelegten Ziele des Strategiedialogs grundsätzlich für richtig. Wir kritisieren aber, dass weder der Landtag, einschließlich der Oppositionsfraktionen, beteiligt wurden, noch Vertreter des Tierschutzes.*

*Zudem fehlt es an Verbindlichkeit der abschließenden Festlegungen/ Erklärungen. Wir haben daher bereits mehrmals parlamentarische Initiativen ergriffen, um die konkreten Umsetzungen und Folgen abzufragen und ausdrücklich auch festzustellen, inwieweit das Land selbst durch Verstärkungen von vorhandenen Förderprogrammen oder neue Programme die Umsetzung begleitet und unterstützt.*

*Wir möchten dieses Format fortführen, jedoch nur bei konsequenter Prüfung, bzw. Sicherstellung, dass das Land selbst dieses auch mit zusätzlichen Mitteln unterstützt und die anderen Beteiligten Seiten ebenfalls ihre Selbstverpflichtungen ernsthaft umsetzen.*

- 3. Wird Ihre Partei die erfolgreiche Maßnahme „Öko-Aktionswochen“ fortführen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?**

*Wir halten Kampagnen und Aktionswochen zur Unterstützung des Biologischen Landbaus für sehr wichtig und sinnvoll, würden jedoch die bestehenden Programme und Aktivitäten auf ihre Wirksamkeit prüfen, bevor wir über den Umfang ihrer Fortführung oder eine Modifizierung entscheiden.*

- 4. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, "Bio" sowohl in Überschriften als auch Inhalten von Vermarktungskampagnen und Bildungsinitiativen explizit und deutlich sichtbar zu machen?**

*Wir von der SPD wollen den kontinuierlichen Ausbau des Ökologischen Landbaus und werden deshalb auch die Kampagnen und Initiativen zur Ernährung so gestalten, dass sie dieses Ziel begleiten und unterstützen. Deshalb ist es uns wichtig, in Vermarktungskampagnen oder auch Kampagnen und Informationen, die sich an die Verbraucherinnen und Verbraucher richten, Produkte aus biologischem Anbau, pestizidfreie Produkte sowie Produkte aus tiergerechter Haltung besonders hervorzuheben. Dazu gehört neben einer klaren und möglichst staatlichen Kennzeichnung auch eine entsprechende Kommunikation in Kampagnen und Veröffentlichungen.*

- 5. Bitte führen Sie aus, wie Ihre Partei die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten und welche Anreize Sie konkret anbieten möchten, damit das Ziel 30 bis 40 Prozent ökologischer Landwirtschaft bis zum Jahr 2030 erreicht wird.**

**Sollte sich Ihre Partei nicht mit dem vorgenannten Bio-Ziel bis 2030 identifizieren können, welche Ziele oder Fristen setzen Sie im Hinblick auf den Anteil des Ökologischen Landbaus an der Landwirtschaft?**

*Wir halten das Ziel, bis 2030 30-40% Ökologische Landwirtschaft zu erreichen, seit Beginn dieser Zielsetzung für gut und richtig, glauben aber, dass dieses Ziel mit der derzeitigen Politik nicht erreicht werden kann. Wir befürworten eine Beschleunigung des Aufwuchses an Ökologischen Landwirtschaftsbetrieben und ökologisch bewirtschafteten Flächen und werden dies durch Nachjustierung der bestehenden Förderprogramme und einen Ausbau der fachlichen Beratung dazu zu erreichen versuchen.*

- 6. Bitte legen Sie dar, welchen finanziellen Rahmen Ihre Partei für die Ausstattung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ in der kommenden Legislaturperiode vorsieht.**

*Ein solcher finanzieller Rahmen kann angesichts der großen Unsicherheiten bezüglich der künftigen GAP der EU sowie der vorhandenen Haushaltsmittel des Landes nicht seriös angegeben werden. Wir bekennen uns aber dazu, den Biologischen Landbau neben der Beratung und direkten Förderung auch durch Kampagnen und Aktionspläne stärker und gezielter zu fördern.*

**7. Wie wird Ihre Partei die Erreichung der Ziele aus dem Biodiversitätsstärkungsgesetz voranbringen, welche Mittel stellen Sie dafür bereit und welche Prioritäten setzen Sie?**

*Wir befürworten das Biodiversitätsstärkungsgesetz und seine Ziele. Die bisherigen Programme zu seiner Umsetzung wollen wir auf Effektivität und Wirksamkeit prüfen und den Einsatz von Landesmitteln (neben den vorhandenen Mitteln des Bundes) gegebenenfalls so umsteuern, dass sie für die Zielerreichung besonders wirksam werden. So wollen wir sowohl den Ökologischen Landbau wie auch den pestizidfreien konventionellen Anbau stärker fördern.*

*Auch der Vertragsnaturschutz und die ökologisch wirksamen Teile im Programm FAKT müssen daraufhin überprüft werden, wie sie den Schutz der Biodiversität besser gewährleisten können.*

*Das Artenmonitoring und die Forschung müssen verstetigt und gegebenenfalls verbessert werden, um die Wirkung von Maßnahmen und den Trend des Arten- und Insektenrückgangs qualifiziert beurteilen zu können. Besonders insektenschädliche Mittel wie die Neonicotinoide sollten schnellstmöglich auf null reduziert werden. Auch die DüngemittelVO muss konsequent umgesetzt werden, um die Stickstofffracht unserer Böden und Gewässer zu reduzieren.*

**8. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Umbau der Tierhaltung in Baden-Württemberg nach dem Borchert-Plan voranzutreiben?**

**Bekannt sich Ihre Partei unabhängig von den bundesrechtlichen Entwicklungen zur Fortführung der Finanzierung der laufenden Kosten tierschutzgerechter Haltungssysteme wie insb. der Bio-Tierhaltung und inwiefern wird sichergestellt, dass sich sämtliche Fördermaßnahmen an hohen Tierwohl- und Nachhaltigkeitsstandards ausrichten (mindestens Offenfrontstall nach der Definition im BUT)?**

*Wir werden uns unter anderem, wie die SPD schon bisher, weiter für ein Verbot der Anbindehaltung für Rinder einsetzen, das bislang an der CDU und FDP im Bundesrat gescheitert ist. Zudem halten wir eine Verstetigung der Fördermittel des Bundes für den Bau tierschutzgerechter Stallbauten für wichtig und würden, wie z.B. in Bayern, auch Landesmittel zusätzlich in diesem Bereich einsetzen. Daneben setzen wir uns für die Verbesserung (und teilweise überhaupt Einführung) von Tierhaltungsverordnungen für Nutztiere ein. So ist es inakzeptabel, dass es noch immer keine Haltungsverordnung für Masthähnchen, Gänse und Enten gibt, um nur ein Beispiel zu nennen. Aus Sicht der SPD ist auch die Haltungsverordnung für Schweine trotz kleinerer Fortschritte in der Vergangenheit dringend Verbesserungsbedürftig.*

**9. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung eines zukunftsfähigen Weinbaus?**

**Welche Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen beabsichtigen Sie dafür einzusetzen?**

**Planen Sie, die Zwischennutzung von Rebland zu ermöglichen und unter welchen Bedingungen könnte dies erfolgen?**

*Wir halten angesichts der großen Trends auch im Verbraucherverhalten Prämien für befristete mehrjährige Brachen in Reblagen für sinnvoll. Auf diese Weise würde die erzeugte Menge reduziert, zudem würden wir daran arbeiten, die vorhandenen Programme so zu überarbeiten, dass der ökologische Landbau auch im Weinbau wieder besser vorankommt.*

**10. Unterstützt Ihre Partei Vereinfachungen für ökologisch wirtschaftende Betriebe, indem ihre Leistungen bei Ordnungsrecht und Förderauflagen berücksichtigt werden (z.B. Anerkennung von Bio-Betrieben als "green by design" bei der GAP-Konditionalität; Vereinfachungen im Düngerecht als "low-input" Betriebe)?**

**Wie kann vermieden werden, dass eingesäte Ackerflächen im 5-Jahres-Rhythmus umgebrochen werden müssen, und inwiefern plant Ihre Partei, neue EU-rechtliche Spielräume zur praxistauglichen Anpassung der diesbezüglichen Landesregelungen zu nutzen?**

*Die EU-rechtlichen Vorgaben z.B. zum Zwangsumbruch von Ackerflächen oder 1:1-Anwendung der Düngevorschriften halten wir für überholt und dringend überarbeitungsbedürftig. Für ökologisch wirtschaftende Betriebe sollten diese Vorschriften entbürokratisiert und vereinfacht werden. Soweit dies innerhalb der Landesförderung möglich ist, ebenso beim FAKT, werden wir als SPD dies möglichst weitgehend als Land durchführen.*

**11. Welche Ziele formulieren Sie hinsichtlich der Reduzierung des Flächenverbrauchs in Baden-Württemberg?**

**Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Flächenkonkurrenz (insb. durch Energie, Bauen) zugunsten landwirtschaftlicher Flächen zu entschärfen?**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, die ökologische Bewirtschaftung bei der Verpachtung öffentlicher Flächen zu berücksichtigen?**

**Stimmen Sie zu, den Ökolandbau als produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme anzuerkennen?**

*Wir von der SPD befürworten die aktive Nutzung der Möglichkeit nach dem Bodenschutzgesetz, Bodenschutzgebiete auszuweisen und damit vor Überbauung zu schützen und bei Abwägungen verschiedener Interessen besser zu schützen. Zudem halten wir den verstärkten Ausbau der AGRI-PV für sinnvoll, die sich insbesondere im Obstbau, im Weinbau und in der Grünlandwirtschaft anbietet. Auch so können wertvolle Böden geschützt werden, und nicht für lange Zeit als PV-Anlagenfläche der Landwirtschaft entzogen zu werden.*

*Öffentliche Agrarflächen müssen aus unserer Sicht zwingend nur noch an Ökologische Betriebe verpachtet werden.*

**12. Wird ihre Partei landespolitische Spielräume nutzen, um in Baden-Württemberg Land- und Lebensmittelwirtschaft "Ohne Gentechnik" weiter zu ermöglichen?**

**Werden Sie sich auf Bundes- und europäischer Ebene für wirksame Koexistenz-Bestimmungen einsetzen, mit denen auch künftig eine Land- und Lebensmittelwirtschaft ohne Gentechnik möglich ist (insb. Kennzeichnung und Haftungsregelungen)?**

**Wie werden Sie Lebensmittelunternehmen, welche auf "Bio" oder "Ohne Gentechnik" Auslobung setzen, vor dem Verlust der Märkte im Falle einer weitgehenden Deregulierung von Neuen Gentechniken/Züchtungstechnologien (NGT) auf EU-Ebene schützen? Stimmen Sie zu, dass zuerst eine abschließende Klärung der Patentfrage erfolgen muss, bevor weitere Schritte im Gesetzgebungsprozess erfolgen können?**

**Inwieweit werden Sie sich dafür einsetzen, dass NGT-Pflanzen aller Kategorien ein Zulassungsverfahren einschließlich einer Risikoprüfung durchlaufen müssen?**

*Ja, wir möchten die möglichen rechtlichen Spielräume, auch künftig die Erzeugung und Vermarktung sowie Kennzeichnung von Lebensmitteln „ohne Gentechnik“ so weit als möglich ausschöpfen. Die Entwicklung um die Zulassungsverfahren und eine Deregulierung zu NGT-Pflanzen verfolgen wir aufmerksam.*

**13. Wie sehen Sie die Perspektive, erfolgreiche Musterregionen in ein langfristiges "BioRegionalmanagement" zu überführen und mit wieviel Landesmitteln würden Sie dies unterstützen?**

*Wir halten es für falsch, wenn über viele Jahre nur Musterregionen ausgelobt und gefördert werden. Der Aufbau von Netzwerken und regionalen Wertschöpfungsketten muss finanzneutral in die bestehenden anderen Förderprogramme des Landes integriert und in der gesamten Landesfläche stattfinden.*

**14. Wie können diese Lücken geschlossen werden?**

*Die SPD wird sich für eine flächendeckende Ausbildung in der Landwirtschaft wie auch Lebensmittelwirtschaft in den bestehenden Ausbildungsgängen und allen Schulen einsetzen. Es ist in der Tat nicht zeitgemäß und nicht akzeptabel, wenn hier noch weiße Flecken bestehen, was jedoch die geringe Wertschätzung des ökologischen Landbaus durch die derzeitige CDU-Führung des zuständigen Ministeriums widerspiegelt.*

**15. Wie kann sichergestellt werden, dass Ökolandbauforschung ausreichend Ressourcen erhält?**

**Wird Ihre Partei eine konsequente Ökologisierung der landeseigenen Betriebe vornehmen?**

*Für uns ist es selbstverständlich, dass die landeseigenen Flächen und Betriebe nur ökologisch bewirtschaftet werden dürfen. Eine „Sicherstellung“ der Weiterentwicklung des*

*Ökologischen Landbaus ist nur möglich, wenn die vorhandenen Landesprogramme und Haushaltsmittel konsequent stärker auf den ökologischen Landbau ausgerichtet werden, so dass die Rahmenbedingungen zu einem Aufwuchs führen. Diesen Weg wollen wir gehen.*

- 16. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die seit einigen Jahren bestehende EU-kogeförderte Erzeugerberatung im Rahmen des Programms „Beratung.Zukunft.Land“ fortzuführen und auf diesem Wege die heimischen Erzeugerbetriebe mit kompetenter und staatlich bezuschusster Beratung zu versorgen oder drohen weitere Einschnitte, wie zuletzt durch eine Senkung des Förderanteils im Jahr 2024? Wie stehen Sie dazu, Module mit besonderer gesellschaftlicher Relevanz wie "Klimaschutz" oder "Ökolandbau" wieder in eine 100% Förderung zu überführen?**

*Konkrete Erhöhungen oder Kürzungen von einzelnen Programmen im Landeshaushalt können wir angesichts zahlloser Unwägbarkeiten auch beim Steueraufkommen nicht fest ankündigen. Wir halten aber eine solche Erzeugerberatung für sinnvoll und wichtig und würden, eine Evaluation des Programms eingeschlossen, weiterhin diesen Bereich gerne fördern, insbesondere die Erzeugung, die besonders Rücksicht auf Umwelt und Klima nimmt.*

- 17. Wie beurteilen Sie die Umsetzung der VwV Kantine zur Förderung bioregionaler Lebensmittel und den aktuellen Umsetzungsstatus? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Ausweitung der VwV Kantine und deren Fördermöglichkeiten auf die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung, besonders im Hinblick auf kommunale Angebote? Wird Ihre Partei eine landesweite Kampagne zur weiteren Umsetzung und Ausweitung der VwV Kantine und zum Einsatz von Bio-Produkten in der Außer-Haus-Verpflegung anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln? Wie möchte Ihre Partei Bündelungs- und Verarbeitungsbetriebe bei der Ausweitung ihres Angebots auf die bio-regionale Außer-Haus Verpflegung unterstützen? Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die bio-regionale Verpflegung bei Veranstaltungen des Landes zu fördern?**

*Die VwV Kantine zur Förderung bioregionaler Lebensmittel halten wir grundsätzlich für sinnvoll. Den aktuellen Umsetzungsstand kennen wir nicht, wir wissen jedoch, dass die Umsetzung auf Verständnis und Zufriedenheit einerseits, aber auch auf Probleme und Kritik andererseits stößt. Nicht zuletzt führt die Umsetzung oft auch zu Preiserhöhungen. Zudem könnte bei einer weiteren Ausweitung auf viele weitere Einrichtungen, z.B. der Kommunen, das Land nicht dauerhaft in größerem Umfang durch Fördermittel die Preise subventionieren. Es ist jedoch gut, wenn auf diese Weise sowohl die heimische, regionale Lebensmittelerzeugung als auch der Absatz von biologisch erzeugten Produkten gestützt wird. Daher gilt es, diese Verwaltungsvorschrift und ihre Umsetzung zu evaluieren und ihre Fortführung im Lichte der bisherigen Erfahrungen gegebenenfalls modifiziert fortzuführen.*

*Die Anstrengungen, in Kommunen und Wirtschaft Interesse und Nachahmung zu erzeugen, sollten daher verstärkt werden.*

Stuttgart, (14.01.2026)